

# Luzerner Tagblatt

**EWG-Konzession an Bonn** 2  
**Zustimmung zum Uno-Bericht im Nationalrat** 3  
**Die Seetalbahn bleibt bestehen – aber wie?** 13



## Auch Bundesrat Spühler tritt zurück

Am Mittwochmorgen ist im eidgenössischen Parlament der Rücktritt des Chefs des Politischen Departementes, Bundesrat Dr. Willy Spühler, auf Ende Januar 1970 bekanntgegeben worden. Bundesrat Spühler wurde 1959 in die oberste Landesbehörde gewählt; er leitete zunächst das Post- und Eisenbahndepartement (später Verkehrs- und Energiewirtschaft), dann das Politische Departement. Mit dem Rücktritt Spühlers sind bereits zwei Ersatzwahlen in den Bundesrat zu treffen, da bekanntlich am Montag Bundesrat Schaffner seinen Abschied angekündigt hat. Unser Bild zeigt Bundesrat Spühler während einer Nationalratsdebatte.

Foto Keystone

## Was wollen die Russen?

Paul-Henry Spaak nennt den sowjetischen Plan einer europäischen Sicherheitskonferenz «eine Falle für den Westen»

Brüssel, 8. Okt. (UPI) Die Sowjetunion bereitet mit ihren Verbündeten eine diplomatische Initiative für Verhandlungen über einen gesamteuropäischen Sicherheits- und Zusammenarbeitsvertrag vor. Der Entwurf soll einen Dreistufenplan vorsehen, der eine Anerkennung der bestehenden Grenzen, die teilweise militärische «Verdünnung» in Europa und eine Kooperation auf den Gebieten der Wirtschaft, der Wissenschaft, der Technik und der Kultur bringen soll.

Die Nato-Länder stehen dem Vorschlag bisher sehr reserviert gegenüber, da sie nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge befürchten, daß die Konferenz lediglich der Absicht Moskaus dienen soll, die Teilung Europas zu zementieren. Der Nato-Sicherheitsrat wird über die Frage auf seiner Sitzung in

Brüssel in der ersten Dezemberwoche beraten.

(DPA) Als eine Falle für den Westen hat der ehemalige belgische Außenminister und frühere Nato-Generalsekretär Paul-Henri Spaak die von den kommunistischen Ländern vorgeschlagene europäische Sicherheitskonferenz bezeichnet. «Was wollen die Russen?», fragte Spaak in einer Rede vor der belgischen Atlantikpakt-Gesellschaft.

«Sie wollen die Auflösung der Nato, die Anerkennung Ostdeutschlands und der polnischen Grenzen. Und sie wollen den Abzug der Amerikaner (aus Europa).»

Das alles sei jedoch unannehmbar, betonte Spaak. Daher sei es gefährlich, das «Spiel der Russen» um die europäische Sicherheitskonferenz mitzumachen.

Erstmals am 11. Oktober in Rom

## Heiße Fragen für die Bischofssynode

Die Bischofssynode ist eine ganz neue Institution. Sie wurde erst auf Grund der Ergebnisse und Forderungen des Zweiten Vatikanischen Konzils geschaffen.

Das Konzil ist die auf uralten Vorstellungen beruhende Versammlung aller Bischöfe der Kirche. Zu jenen uralten Vorstellungen gehört die Überzeugung, daß sie vom Heiligen Geist geführt und gesegnet sei. Ihren Verlautbarungen hat man daher von jeher größte Autorität zugebilligt. Im Laufe des Mittelalters wuchs im Abendland mehr und mehr die Zentralgewalt und Lehrautorität des Papstes an. Der Streit über das Verhältnis von Papst und Konzil beschäftigte die Theologen gegen Ende des Mittelalters. Er wurde zu Beginn der Neuzeit endgültig zugunsten des Papstes entschieden.

Das von Johannes XXIII. zur Ueberbrückung aller Welt einberufene Konzil des 20. Jahrhunderts wurde aber zu einem so großen Erlebnis und zu einer so gewaltigen Quelle, aus der Bewegung und Leben in die römische Kirche kam, und wurde zu einer Darstellung der Weite und Herrlichkeit des katholischen Christentums, daß seither das einseitige Uebergewicht der Zentralgewalt und besonders die Eigenmächtigkeit der Kurie, welche sich oft um die Meinung der Bischöfe keinen Deut gekümmert hat, nicht mehr länger geduldet und ertragen werden.

### Eine «Delegiertenversammlung» aller katholischen Bischöfe

Nun ist aber das Konzil mit seinen über zweitausend Bischöfen und ihren Helfern und Beratern eine so kostspielige Veranstaltung, daß sie der Kirche nicht zu oft zugemutet werden kann. Die Bischofssynode soll da Abhilfe schaffen. Am 11. Oktober kommt zum erstenmal eine solche in Rom zusammen. Weltlich gesagt handelt es sich um eine Delegiertenversammlung aller römisch-katholischen Bischöfe der ganzen Welt. An der Spitze der dafür verantwortlichen Persönlichkeiten stehen drei Namen. Es ist der Kardinal Confalonieri, der als Präfekt der Bischofskongregation — so heißt die einem Innenministerium vergleichbare Abteilung der päpstlichen Kurie — für die Einberufung im Namen des obersten Souveräns, des Papstes, die Verantwortung trägt. Generalsekretär ist Ladislav Rubin. Die Diskussionsgrundlage, das sogenannte Schema, verfaßte der Jesuitenpater Bertrams.

### Fragen der Kompetenzen von Papst und Episkopat

Was sind das nun für brennende Fragen, welche im Schoße dieser Delegierten aus dem Weltepiskopat zur Sprache kommen? Die alte Problematik, wie Zentralgewalt und Lokalgewalt, Papst und Bischof sich zueinander verhalten, spitzt sich jetzt konkret auf Fragen der Kompetenzen zu. Können diese Kom-

petenzen neu abgegrenzt werden? Wo und wie soll das erfolgen?

Um das Gewicht der Bischöfe zu heben, hat der Papst im Anschluß an das Konzil die Bedeutung der verschiedenen nationalen Bischofskonferenzen gestärkt.

Sie sollen nicht nur unregelmäßige konsultative Gremien darstellen. Sie sollen im Gegenteil eine Bedeutung in der Leitung der Kirche haben. Aber nun fragt es sich, wie weit diese Befugnisse auch im Verhältnis zur Zentralgewalt in Rom gehen sollen.

Eine belgische Forderung geht dahin, die Zentralgewalt habe sich darauf zu beschränken, Rahmengesetze zu erlassen, während das konkrete Detail den Bischofskonferenzen zu überlassen sei. Die vielen einzelnen Entscheidungen in Disziplinarfragen, die Dispense, sollen nur im Ausnahmefall in Rom beantwortet werden. Der Eigencharakter der Teilkirche soll nach holländischen Wünschen in vollem Maß verwirklicht werden.

Mit andern Worten hat auch die katholische Kirche mit dem modernen Problem der Dezentralisation der Verwaltung zu ringen. Aber die Dezentralisation kann hier unter Umständen viel tiefgehendere Folgen haben als in irgendeiner weltlichen Verwaltung. Hier geht es um das Leben und um den Glauben selbst. Die Dezentralisation soll dem Leben gerecht werden und ihm dienen. Zugleich soll aber die Einheit des ganzen Körpers der Christenheit gestärkt werden.

Dezentralisation ja, Desintegration nein: So könnte die Zielrichtung definiert werden.

In den Diskussionen über diese Absichten machen sich bereits die Unterschiede geltend, welche aus den verschiedenen Nationalkulturen herkommen. Die einen Völker drängen auf die lokalen Verwirklichungen, auf den besonderen Charakter der Regionen und Teilkirchen. Andere Völker heben die großen Zusammenhänge, die Angleichung und die zentrale Entscheidung hervor. Darüber sind hitzige Auseinandersetzungen zu erwarten. In der Theorie spielen zwei Begriffe eine große Rolle:

### Subsidiarität und Solidarität.

Die Subsidiarität ist ein alter anerkannter Begriff in den katholischen Sozialphilosophien. Man versteht darunter den Grundsatz, daß mit dem Gebäude der Kompetenzen und Autoritäten an der Basis begonnen werden muß. Alles, was eine untere Instanz oder eine engere Gemeinschaft noch von sich aus erledigen kann, das soll sie auch tun. Die nächsthöhere Instanz kommt ihr da zu Hilfe, wo das nicht mehr möglich ist. Der Grundsatz der Subsidiarität wird für das Verhältnis zwischen den Bischofskonferenzen und dem apostolischen Stuhl rechtlich definiert werden müssen.

Der Grundsatz der Solidarität hat mit dem Verhältnis der Bischofskonferenzen untereinander zu tun. Solidarität soll aber auch herrschen zwischen Papst und Bischof, zwischen Kurie und Bischofskonferenzen. Zu diesem Zweck wird die Konferenz Maßnahmen diskutieren, die eine bessere Information ermöglichen. Die verschiedenen Instanzen und Gremien sollen einander informieren. Diese Berichterstattung soll nicht erst nach abgeschlossenen Entscheidungen einsetzen. Schon im Stadium der Diskussion und Vorbereitung soll zum Beispiel die Kurie die Bischofskonferenzen unterrichten, wird gefordert.

### Die zähe Zentralgewalt...

Die Schwierigkeit, welche der Grundforderung nach einer Dezentralisation und einer Entfaltung der Teilkirchen erwächst, liegt im dogmatischen Charakter der päpstlichen Gewalt. An die dogmatisch fixierte Vollmacht des Papstes hat sich wie die Klette am Baum eine an sich dogmatisch durchaus nicht fixierte, aber praktisch sehr zähe Zentralgewalt der Kurienbeamten angehängt, gegen welche die Bischöfe und Theologen seit Jahrzehnten einen erbitterten Kampf führen. Jetzt beginnt das Ringen zwischen den Bischöfen und den Kurialbeamten in eine entscheidende Phase einzutreten. Die letzteren werden die monarchische Struktur der römischen Kirche und den absoluten Charakter der Papstgewalt verteidigen. In dem sie damit argumentieren, haben die Bestrebungen nach erhöhten Kompetenzen in den Teilkirchen und nach Teilnahme der Bischofskonferenzen an den Entscheidungen des Papstes einen schweren Stand.

Von deutscher Seite wird sogar die Gründung eines Senates vorgeschlagen. Das geht schon in Richtung eines Parlamentes, dem gegenüber die Kongregationen, die einzelnen Ministerien der Kurie, über ihre Amtsführung Rechenschaft ablegen. Es ist kaum zu erwarten, daß so weitgehende konstitutionelle Pläne realisiert werden.

Max Schoch

## Gefängnis für spanischen Schriftsteller

Barcelona, 7. Okt. ag. (AFP) Der katholische katalanische Schriftsteller Alfonso Comin hat im Provinzgefängnis von Barcelona eine 16monatige Strafe angetreten. Er ist 1967 wegen eines Artikels, den er in der Pariser Wochenzeitschrift «Témoignage chrétien» unter dem Titel «Nach dem Referendum die Repression» veröffentlicht hatte, verurteilt worden.

Das Gericht hatte es abgelehnt, die Zeugen der Verteidigung anzuhören.

Der Direktor von «Témoignage chrétien», Georges Montereau, war vergeblich aus Paris gekommen, um sein Zeugnis abzulegen. Comin hatte geschrieben, der Opposition gegen das Regime sei während der Kampagne für die Volksabstimmung im Dezember 1966 kein Gehör geblieben worden. — Comin befand sich in Freiheit, bis sein Rekursbegehren geprüft war.

## Wildwest in Montreal

In Montreal ist es nach einer Manifestation von rund 200 Taxichauffeuren eines Taxiunternehmens zu Vandalenakten und Plünderungen gekommen — Ein Polizist erschossen — 15 Verletzte

(AFP) Mehrere hundert Jugendliche, die an der Demonstration der Taxichauffeure teilgenommen hatten, marschierten in Richtung der großen Ge-

schäftsstraßen der Stadt, nachdem sie von der Provinzpolizei auseinandergetrieben worden waren. Dort zertrümmerten sie Schaufenster und plünderten die Auslagen.

Da die 3700 Polizisten und 2400 Feuerwehrleute der Stadt in einen illegalen Streik getreten waren, um ihren Lohnforderungen Nachdruck zu verleihen, bestand keinerlei Ordnungsdienst. Armee-Einheiten, die zur Aufrechterhaltung der Ordnung nach Montreal geflogen worden waren, wurden nicht eingesetzt. Doch befinden sie sich noch immer im Alarmzustand.

Nach letzten Berichten wurde bei den Zusammenstößen zwischen den Taxichauffeuren und jugendlichen Demonstranten einerseits und Ordnungskräften des Taxiunternehmens andererseits ein junger Polizist erschossen und ungefähr 15 Personen verletzt. Die Demonstranten warfen einen Molotow-Cocktail in eine Garage des Taxiunternehmens, der einen heftigen Brand auslöste. Dabei sind mindestens drei Autos zerstört worden. Eine weitere Explosion ereignete sich im westlichen Stadtteil.

Kurz nach Mitternacht nahmen die Polizisten und Feuerwehrleute ihre Arbeit wieder auf. Sie leisteten damit einem Sondergesetz Folge, das die Nationalversammlung der Provinz Quebec wenige Stunden zuvor in einer außerordentlichen Sitzung einstimmig gebilligt hatte. — In der Frühe des Mittwochs kehrte in der Zweimillionenstadt wieder Ruhe ein, die über 17 Stunden lang ohne Feuerwehr und Ordnungsdienst gewesen war.



## «Hier legte ich das Feuer»

Der 28jährige Australier Michael Rohan hat am zweiten Tag des Prozesses über den Brand der El-Aksa-Moschee das Geständnis bestätigt, das er früher schon im Untersuchungsverfahren abgelegt hatte. Unser Bild aus Jerusalem zeigt, wie er bei einem Augenschein am Tatort vor Polizeibeamten erklärte: «Hier legte ich das Feuer.» Photopress